

FRIEDENS JOURNAL

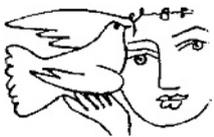


In die Zukunft investieren statt aufrüsten!



Foto: DGB Region Frankfurt Rhein-Main

- Der militärisch-industrielle Komplex in Deutschland
- Ambitionierte deutsche Großprojekte für Aufrüstung
- Nukleare Teilhabe von NATO-Staaten: Völkerrechtswidrig
- Bedrohungsanalyse als strategischer Kompass der EU
- Widerstand gegen Kampfdrohnen für die Bundeswehr
- Sozial-ökologische Konversion und globale Transformation



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2020/Nr. **5**

In die Zukunft investieren statt aufrüsten!

SCHWERPUNKT

Der militärisch-industrielle Komplex in Deutschland	3
Ambitionierte deutsche Großprojekte für Aufrüstung	6
Nukleare Teilhabe von NATO-Staaten: völkerrechtswidrig!	8
Bedrohungsanalyse als strategischer Kompass der EU	10
Putsch in Mali – Bundeswehr bleibt in Kasernen	11

FRIEDENSBEWEGUNG

Sozial-ökologische Konversion und globale Transformation	12
Widerstand gegen Kampfdrohnen-Bewaffnung der Bundeswehr	14
Aufruf aus der Friedensbewegung an die Partei DIE LINKE	15
Friedensratschlag in Corona-Zeiten	16

RUBRIKEN

Beschlossene Sache: Bundeswehr-Kampfdrohnen	14
Auslandseinsätze beenden – Rüstungsexporte verbieten!	15

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.9.2020

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Internetausgabe des Friedensjournals:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Bitte beachten:

Angaben zu den verwendeten Quellen und weiterführende Infos zu den einzelnen Beiträgen finden sich auf der Homepage der Friedens- und Zukunftswerkstatt im Archiv des Friedensjournals.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Monate des Corona-Lockdowns und der anschließend bis heute fortbestehenden Restriktionen für öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen werfen auch für die Friedensbewegung zahlreiche Probleme auf. Positiv ist aber zu vermelden, dass zum Hiroshimatomag am 6. August und noch wesentlich stärker zum Antikriegstag am 1. September unsere Präsenz auf der Straße wieder vorhanden war. Aus Hamburg und Frankfurt konnten zum 1.9. jeweils etwa 500 Teilnehmer gemeldet werden und auch vielen anderen Orten gab es gut besuchte Veranstaltungen.

Entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Unterstützung aus den Gewerkschaften für die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ erheblich stärker geworden ist, was sich bereits im Vorfeld des 1. September durch einen zentralen Aufruf des DGB gezeigt hat.

Wir machen uns deshalb mit dieser Ausgabe des Friedensjournals die Überschrift dieses Aufrufs zu eigen: „In die Zukunft investieren statt aufrüsten!“. Dazu haben wir mehrere Beiträge ausgewählt.

Immer noch unterbelichtet ist dabei die Rolle des sich verstärkt entwickelnden militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland, der in unserem ersten Beitrag analysiert wird und vor allem die Rolle des Bundeswirtschaftsministeriums beleuchtet.

Im zweiten Beitrag geht es um die derzeit laufenden Großprojekte für die Bundeswehr. Weiteres Thema ist dann die völkerrechtswidrige atomare Teilhabe der Bundeswehr, die aktuell im Kontext der geplanten Kampffjetbeschaffung von der Friedensbewegung skandalisiert wird.

Dass die forcierte Aufrüstung nicht nur von der NATO, sondern auch durch die EU propagandistisch vorangetrieben wird, zeigt der Beitrag über die seitens der EU in Vorbereitung befindliche (militärische) Bedrohungsanalyse. Bei dieser Aufrüstung zur Vorbereitung weiterer Auslandseinsätze der Bundeswehr muss stets gefragt wer-

den: Welche Rolle spielt die Bundeswehr in den Einsatzgebieten und mit welchem Ziel erfolgt der Einsatz? Der aktuelle Beitrag über den Militärputsch in Mali zeigt exemplarisch diese Fragwürdigkeit.

Von Götz Brandt und Karl-Heinz Peil wurde eine umfangreiche Broschüre „Militär und sozial-ökologische Konversion“ erstellt, aus der wir einige Überlegungen der Autoren zu realen und notwendigen Alternativen gegenüber der weiteren Aufrüstung vorstellen. Diese Alternativen müssen gerade in der nächsten Zeit wegen der anstehenden Haushaltsberatungen im Bundestag für 2021 sichtbar gemacht werden. Eingebettet sind diese Alternativen in eine sich entwickelnde, aber noch wesentlich zu verstärkende Debatte über gesamtgesellschaftliche Erfordernisse angesichts einer sich abzeichnenden dramatischen Wirtschaftskrise, bei der die Corona-Krise als Katalysator wirkt.

Anstelle von Industrieförderung für „alte“ Produkte sind zukunftsfähige Investitionen gefragt. Entsprechende Debatten werden derzeit an vielen Stellen geführt – außerhalb der Friedensbewegung. Insofern sind die in dem Beitrag zu Konversionskonzepten und Transformation aufgeführten Vorschläge kein Wunschenken, sondern ein friedenspolitischer Schritt zur Anschlussfähigkeit an andere soziale Bewegungen.

Dieses gilt vor allem für die in jüngster Zeit erfolgte Verbreiterung der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“, die zu einer Aktionskonferenz - mit Corona-Restriktionen – am 11. Oktober in Frankfurt eingeladen hat, wobei die meisten Teilnehmenden nur digital zugeschaltet werden können.

Diese andauernd bestehenden Corona-Restriktionen führen leider dazu, dass in diesem Jahr die Kontinuität des jährlichen, bundesweiten Friedensratschlages in Kassel unterbrochen wird. Willi van Ooyen geht in seinem Beitrag auf der letzten Seite näher darauf ein.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag nimmt dieses zum Anlass, um digitale Formate bzw. einen digitalen Friedensratschlag zu erproben.

Die Redaktion

Der militärisch-industrielle Komplex in Deutschland

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Inwieweit man in Deutschland von einem militärisch-industriellen Komplex sprechen kann, ergibt sich weniger durch quantitative Betrachtungen zur Aufrüstung, als vielmehr durch strategische Vorgaben, bei denen vor allem das Wirtschaftsministerium (BMWi) maßgebend ist.

Nationale Industriestrategie: (fast) nur für Großkonzerne

Maßgebend zur Rolle der deutschen Rüstungsindustrie sind zunächst die politischen Rahmenbedingungen. Die im Februar 2019 von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgelegte „Nationale Industriestrategie 2030“ beruht auf der Definition von „industriellen Schlüsselbereichen, in denen Deutschland bereits heute und immer noch führend ist“. Die dazu aufgeführten zehn Schlüsselbereiche beinhalten nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die Luft- und Raumfahrtindustrie, bei der Rüstungsaufträge eine wichtige Rolle spielen, auch über Quersubventionierung ziviler Produktion. Zur „Nationalen Industriestrategie 2030“ heißt es auf der Homepage des BMWi:

„Ziel der ‚Nationalen Industriestrategie 2030‘ ist es, gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaft einen Beitrag zu leisten zur Sicherung und Wiedererlangung von wirtschaftlicher und technologischer Kompetenz, Wettbewerbsfähigkeit und Industrie-Führerschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.“

Die vorgelegte Industriestrategie entwickelt erstmals eine zusammenhängende und an grundsätzlichen Erwägungen orientierte nationale und europäische Industriestrategie.

Sie definiert, in welchen Fällen ein Tätigwerden des Staates ausnahmsweise gerechtfertigt oder gar notwendig sein kann, um schwere Nachteile für die eigene Volkswirtschaft und das Gesamtstaatliche Wohl zu vermeiden. Sie ist zugleich ein Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfesten Marktwirtschaft und Basis für eine ordnungspolitische Debatte.“

Die Nationale Industriestrategie stieß auf heftige Kritik aus Wirtschaftskreisen. Es würden damit mutwillig Großkonzerne politisch bevorzugt und die Klein- und Mittelbetriebe als tatsächliches Rückgrat der deutschen Wirtschaft vernachlässigt, so die Kritik aus Wirtschaftskreisen, die dazu führte, dass die Nationale Industriestrategie zunächst wieder zurück gezogen und erst im November 2019 als finale Fassung vorgelegt wurde.

Statt Energiewende: militarisierte Exportstrategie

Anfang 2020 wurde die als Gemeinschaftswerk von vier Ministerien erarbeitete Nationale Wasserstoffstrategie als Entwurf vorgelegt. Dazu erklärte Wirtschaftsminister Peter Altmaier:

„Gasförmige Energieträger, vor allem Wasserstoff, werden ein Schlüsselrohstoff einer langfristig erfolgreichen Energiewende sein. Gleichzeitig bietet die Herstellung von CO₂-freiem und CO₂-neutralem Wasserstoff große industriepolitische Chancen. Diese müssen wir nutzen und bereits heute die Weichen dafür stellen, dass Deutschland bei Wasserstofftechnologien die Nummer 1 in der Welt wird.“

Im vorliegenden Kontext ist dieses deshalb relevant, weil hiermit eine Festlegung auf eine Import-/Export-Strategie bei der Energieversorgung erfolgt, obwohl nach Meinung von Umweltverbänden und Wissenschaftlern eine Energiewende mit erneuerbaren Energien weitestgehend mit Windkraftanlagen und Solaranlagen in Deutschland erfolgen könnte. Dieses wurde aber in den letzten Jahren von der Bundesregierung durch neu eingeführte Restriktionen stark ausgebremst und führte zu dem Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen. Mit dieser Strategie verbunden ist auch, dass unter dem Stichwort Energiesicherheit eine Militarisierung der Außenpolitik durch die Industrie verlangt wird.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier fungiert hierbei als Sprachrohr der deutschen Industrie, indem er aktuell deren Wasserstoffstrategie propagiert, mit der die importierten fossilen Brenn-

stoffe für Energieerzeugung und Verkehr durch CO₂-freien Wasserstoff ersetzt werden sollen. Um diesen in großen Mengen zu importieren, muss zuvor entsprechende Technologie in Deutschland entwickelt und exportiert werden. Was hiermit propagandistisch als Fortschreibung der Energiewende verkauft wird, ist aber real eine Abkehr vom dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien mit Wind- und Solaranlagen. Vielmehr ist dieses eine völlig unrealistische „Weiter so“-Strategie. Diese ist nicht nur alles andere als nachhaltig, sondern könnte nur mit einer weiteren Militarisierung funktionieren. Auf diese Konsequenz hat z.B. BDI-Präsident Kempf am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 nochmals eindringlich hingewiesen: Da 61% der Industriearbeitsplätze vom Export abhängig seien, müssten Handelswege militärisch abgesichert werden, was nur durch militärische Aufrüstung für die weltweite Präsenz der Bundeswehr erfolgen könne.

Offizielle Strategie: Rüstungsindustrie stärken

Das BMWi ist darüber hinaus auch führend bei der Erstellung von Strategiepapieren der Bundesregierung „zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“. Nach einem im Juli 2015 veröffentlichten Papier erfolgte bereits im Februar 2020 eine Neufassung. Folgende Entwicklungen sind dabei im Unterschied zum Vorgängerpapier bemerkenswert:

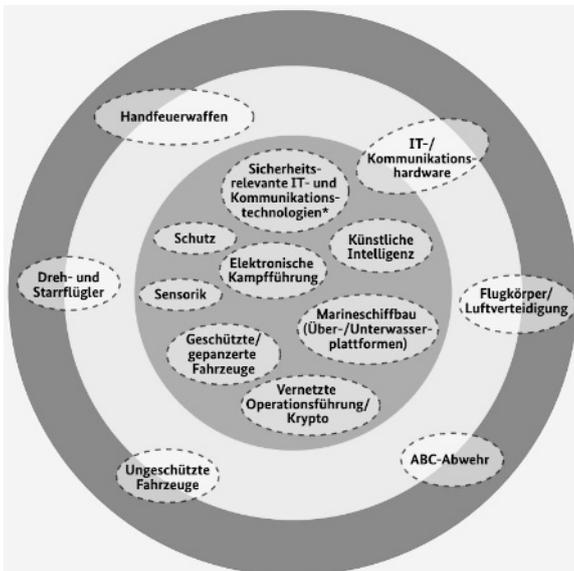
Erstens: Bereits im Titel ist nun von der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie die Rede. Dabei wird im Inhalt auch auf eine zivil-militärische Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Polizei verwiesen.

Zweitens: Es wird auf neue Technologien verwiesen, wie die Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, unbemannte Systeme, Hyperschalltechnik, Biotechnologien und Cyber-Instrumente.

Drittens: Die Frage nach der Völkerrechtskonformität von Waffenentwicklungen wird aufgeworfen und im Sinne eines notwendigen Dialoges zur „Gesellschaftlichen Akzeptanz“, wobei hier

auch genannt wird: „Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, insbesondere zur Rüstungsexportkontrolle, ...“

Viertens: Ebenso wie im Vorgängerpapier spielt die Nennung von verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien eine zentrale Rolle, wobei diese jeweils in einer grafischen Darstellung auf drei Ebenen verteilt werden. 1. Nationale Schlüsseltechnologie; 2. Europäisch: Sicherung der Technologie, Kooperation mit europäischen Partnern; 3. Global: Rückgriff auf global verfügbare Technologien.



Grafik aus: Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (Ebene 1: innen, Ebene 3: außen)

Manche Details haben dabei eine gravierende Konsequenz: Wurden 2015 noch „Überwassereinheiten“ auf den Ebenen 2 und 3 angesiedelt und lediglich „Unterwassereinheiten“ auf der Ebene 1, so findet sich im aktuellen Strategiepapier der Marineschiffbau (Über-/Unterwasserplattformen) komplett auf der Ebene 1. Hintergrund ist hierbei, dass Anfang 2020 der Zuschlag für den Bau deutscher Mehrkampfschiffe MKS 180 an einen holländischen Schiffsbauer ging, was für einige Kontroversen sorgte. Die Neudefinition als Schlüsseltechnologie soll als Hebelwirkung eingesetzt werden, um bei künftigen Aufträgen dieser Art abweichend vom EU-Vergaberecht deutsche Werften zu bevorzugen. Damit folgt das Strategiepapier einer ent-

sprechenden Festlegung im Koalitionsvertrag 2018, wo es explizit unter Bezug auf Rüstungsprojekte heißt: „Zum Erhalt nationaler Souveränität bei Schlüsseltechnologien werden wir bestehende vergaberechtliche Spielräume konsequenter nutzen.“

Neoliberale Globalisierung und Militarisierung

Bereits im Bundeswehr-Weißbuch 2016 wird explizit auf freie Handelswege als sicherheitspolitische Herausforderung hingewiesen. Damit beschreitet die deutsche Politik einen Weg, eingebettet in EU-Strategien, den das US-Imperium bereits seit 1945 verfolgt. Nach 1945 entstanden weltweit US-Militärbasen, d.h. außerhalb des US-Territoriums, deren Anzahl aktuell mit ca. 800 beziffert wird. Geopolitisch erfüllen diese vor allem seit der Hyper-Globalisierung ab 1990 zwei Zielsetzungen:

Erstens: Sicherung des Zugriffs auf Rohstoffe und Transitwege. Bei letzterem spielen auch geplante Pipeline-Verbindungen geostrategisch eine wesentliche Rolle.

Zweitens: Sicherung von Absatzmärkten. Dieses erfolgt durch wirtschaftlichen und politischen Druck. In Einzelfällen kann dieses eskalieren mit militärischen Drohungen oder sogar direkter militärischer Gewalt zum Regime Change. Mittlerweile gibt es eine lange Liste von direkten und indirekten Einmischungen der USA in innere Angelegenheiten anderer Länder mit versuchten und erfolgreichen Putschversuchen zugunsten von US-Interessen.

Einhergehend mit dem schrittweisen Niedergang der USA, der sich seit dem Amtsantritt von Präsident Trump und insbesondere mit der Corona-Krise 2020 drastisch beschleunigt hat, geht auch eine Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne einher, die Werner Ruf mit seinem Buchtitel (2020) „Vom Underdog zum Global Player“ umschreibt. Diese neue Stärke ist aber durch die einseitige Exportifizierung, welche zunehmend auch Rüstungsgüter mit einschließt, äußerst fragil. Im Strudel des sich abzeichnen-

den Zerfalls der Euro-Zone und damit auch der gesamten EU dürfte diese Exportifizierung aber kaum in der Lage sein, die wirtschaftliche Stärke Deutschlands aufrecht zu erhalten. Dieses hat natürlich auch Rückwirkungen auf die politischen Großmachtambitionen Deutschlands in Zeiten einer sich herausbildenden, weltweiten Multipolarität.

Aktuell wird dennoch in der deutschen Politik die globale Präsenz der Bundeswehr voran getrieben, einmal durch Auslandseinsätze und zum anderen durch Präsenz der Marine. So heißt es auf einer Bundeswehr-Webseite:

„Von der schnittigen Fregatte bis zum topmodernen Unterseeboot – mit ihren Seesystemen ist die Bundeswehr für ihre Einsätze auf allen sieben Weltmeeren vielseitig ausgerüstet.“

EU-Rüstungsindustrie

Während durch die Schuldenkrise im EU-Währungsraum und beschleunigt durch die Corona-Krise der Zusammenhalt der EU stark bröckelt, gibt es lediglich auf dem Rüstungssektor eine florierende Zusammenarbeit. Entwicklungen zur Militarisierung der EU lassen sich zwar bis in die 90er Jahre und den Lissabon-Vertrag zurück verfolgen, haben sich aber vor allem nach dem Mitte 2016 angekündigten EU-Austritt Großbritanniens stark beschleunigt. Bereits Ende 2016 wurde dazu in Brüssel das Konzept eines Europäischen Verteidigungs-Aktionsplans vorgeschlagen, der vorsieht, dass ab 2020 jährlich 500 Mio. Euro mit EU-Mitteln für gemeinsame Rüstungs-Forschungsprojekte („Forschungsfenster“) ausgegeben werden, die ein gemeinsames „Fähigkeitenfenster“ nach sich ziehen. Im Mai 2018 mündete das in einem Budgetvorschlag der EU-Kommission, der 9,0 Mrd. Euro für das Fähigkeits- und 4,1 Mrd. Euro für das Forschungsfenster für 2001 bis 2027 vorsieht. Dass es hierbei nicht nur um außenpolitische, sondern vor allem um industriepolitische Ziele geht, wird u.a. aus einer Fußnote des Aktionsplanes ersichtlich. Danach bringt jeder in Verteidigung investierte Euro insbesondere durch die Auswirkungen auf qualifizierte Beschäftigung, Forschung und

Technologie sowie Ausföhren eine Rendite von 1,6.3 Dieser Wert ist freilich kaum nachvollziehbar und kann als Konstrukt hausinterner EU-Quellen zur Legitimierung der Rüstungsgelder angesehen werden.

Ende 2017 wurde auf dieser Basis die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ - englisch abgekürzt PESCO – beschlossen, an der jedoch nicht alle EU-Mitgliedsländer beteiligt sind, da es bei einigen auch gewisse Vorbehalte gibt. Die ersten 17 PESCO-Projekte wurden im März 2018 vereinbart, sie reichen von eher unscheinbaren Vorhaben wie dem Aufbau eines Sanitätskommandos bis hin zur Entwicklung eines neuen Infanteriefahrzeuges.

Problematisch ist die mittlerweile stark beschleunigte Europäisierung der Rüstungsindustrie aus mehreren Gründen:

Der damit einher gehende Konzentrationsprozess wird auch von der IG Metall befürwortet, um damit vermeintlich Arbeitsplätze zu sichern, wie z.B. bei dem im Mai 2020 beschlossenen Zusammengehen der beiden Werften Lürssen und German Naval Yards als Marinebündnis.

Der politisch stark verbreiteten Ablehnung von Rüstungsexporten in Krisenregionen steht gegenüber, dass der Konzentrationsprozess in der Rüstungsindustrie auf EU-Ebene auch einhergeht mit hohen Entwicklungskosten, durch die eine profitable Produktion nur mit Export-basierenden hohen Stückzahlen erreicht werden kann.

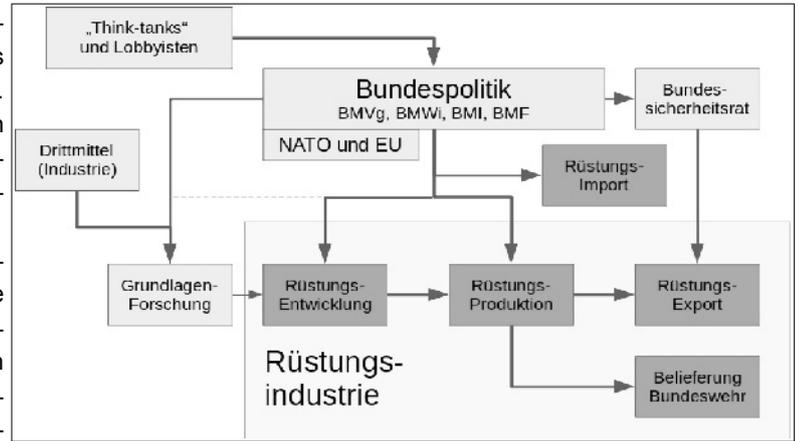
Die EU-Rüstungsindustrie führt zur Aushebelung der in Deutschland vorhandenen Beschränkungen für Rüstungsexporte. Diese sind offiziell wesentlich strikter als z.B. in Frankreich, wengleich der tatsächliche Umfang an deutschen Waffenexporten aufzeigt, dass diese lückenhaft sind. Europäisierung der Rüstungsindustrie heißt deshalb zwangsläufig auch stärkere Exportfixierung.

Leider wird die Herausbildung einer EU-Rüstungsindustrie noch immer propagandistisch als Effizienzverbesserung gegenüber national isolierten Beschaffungsprogrammen dargestellt. Dieses erscheint zwar auf den ersten Blick plausibel, erweist sich aber angesichts der faktischen Kostensprünge

bei neuen Rüstungsvorhaben als nicht zutreffend. Den theoretisch möglichen Einsparungen im Beschaffungsprozess stehen erheblich größere Kosten gegenüber, die durch neue „Fähigkeitsprofile“ von Waffensystemen angestrebt werden. Außen vor bleibt leider auch, dass selbst bei der „Europäisierung“ von Rüstungsforschung und -entwicklung seitens der deutschen Politik keine wirkliche Arbeitsteilung angestrebt wird, sondern ein Ausbau der eigenen wirtschaftlichen Vormachtstellung innerhalb der EU.

Das Beispiel Eurodrohne

Bei der Debatte um eine Kampfdrohnenbeschaffung für die Bundeswehr (siehe auch den Beitrag auf Seite 14 dieser Ausgabe) bleibt leider ein wichtiger Aspekt bei den Pseudo-Debatten um militärische Begründungen im Hintergrund. Die wahren Gründe dieser Planungen werden verständlich, wenn man die bereits beschriebene „Nationale Industriestrategie 2030“ in Verbindung mit den hier ebenfalls dargestellten Strategiepapieren „zur Stärkung der Verteidigungsindustrie“ zugrunde legt. Auf dieser Basis muss natürlich die Entwicklung und Beschaffung der „Eurodrohne“, die ab 2027 verfügbar sein soll, einen hohen Stellenwert haben. Diese langfristige Planung verrät, dass es um ganz andere Begründungen geht, als etwa um eine „Lebensversicherung“ von Bundeswehrsoldaten im Einsatz, sondern vielmehr um neue, „innovative“ Fähigkeitsprofile. Es versteht sich deshalb von selbst, dass bei der Entwicklung der „Eurodrohne“ nicht nur die Beschaffung von 20 Stück für die Bundeswehr, sondern auch die Vermarktung für den Export fest eingeplant wird. Also auch an Länder, wo nicht über ethische Grundsätze zum Einsatz dieser Waffen debattiert wird, d.h. die „Eurodrohne“ würde dann zum zusätzlichen Debattenpunkt bei Rüstungsexporten.



Fazit

Der militärisch-industrielle Komplex kann mit folgenden Merkmalen definiert werden, wobei natürlich die USA ein Alleinstellungsmerkmal haben, das jedoch prinzipiell übertragbar ist auf andere Länder:

1. Kombination von (fast) nur staatlicher Nachfrage und privatwirtschaftlicher Rüstungsindustrie.
2. Enge personelle Verflechtung zwischen Politik und Rüstungsindustrie, vor allem durch personelle Rotationen, aber auch durch ein starkes Aufgebot an direkt bezahlten Lobbyisten.
3. Staatliche Förderung der Rüstungsindustrie durch Definition von strategisch wichtigen, (auch) militärisch relevanten Schlüsseltechnologien.
4. Intransparente Vergabe von Aufträgen für militärisch indizierte Forschung und Entwicklung, sowie Beschaffung von militärischen Großgeräten.
5. Politisch motivierte Entscheidungen bei den Beschaffungen, die nicht unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen, sondern mehr oder weniger offen der Industrieförderung gelten.
6. Staatliche Förderung von Rüstungsexporten, die sowohl als Instrument geopolitischer Einflussnahme wie auch der Industrieförderung dienen können.

Die Hauptkritik seitens der Friedensbewegung richtet sich natürlich völlig zu recht gegen die Militarisierung der Außenpolitik, gegen Rüstungsprojekte des BMVg und Waffenexporte, jedoch immer noch zu wenig gegen den dahinter stehenden militärisch-industriellen Gesamtkomplex, bei dem vor allem das Wirtschaftsministerium als verlängertes Arm der Großindustrie eine zentrale Rolle spielt.

Ambitionierte deutsche Großprojekte für Aufrüstung

von Lühr Henken, Bundesausschuss Friedensratschlag

Die deutsche Militärpolitik ist ambitioniert. 2013, also vor der Ukraine-Krise, hat Deutschland der NATO das sogenannte Rahmennationen-Konzept vorgeschlagen, das ein Jahr darauf tatsächlich auf dem NATO-Gipfel in Wales verabschiedet wurde. Dieses Konzept beinhaltet folgende Neuerung: Unter den europäischen NATO-Staaten gibt es nun drei sogenannte Rahmennationen: Das sind Deutschland, Großbritannien und Italien. Um sie herum gruppieren sich jeweils kleinere Armeen mit speziellen Funktionen. In jeder Gruppe hat die „Rahmennation“ die Führung. So auch Deutschland in der deutschen. Sie stellt dafür Logistik und Kampfverbände zur Verfügung.

Das Ganze ist kein Pappenstein. Der deutschen „Rahmennation“ haben sich 21 europäische Nationen angeschlossen. Erste handfeste Maßnahme als „Rahmennation“ ist die deutsche Rolle in der Schnellen Eingreiftruppe der NATO, der „NATO-Response-Force“ (NRF). Die Deutschen haben Interesse an der superschnellen „Speerspitze“ der NRF. Schon 2015 beteiligte sich die Bundeswehr maßgeblich an ihrem Aufbau. Diese „Speerspitze“ hat eine Truppenstärke von 5.000 bis 8.000 Mann und ist binnen zwei bis sieben Tagen weltweit komplett verlegbar. 2019 hat Deutschland mit rund 4.000 Soldatinnen und Soldaten die Führung dieser „Speer-

spitze“ übernommen. Das wird 2023 wieder der Fall sein.

Diese Ambitionen sind Teil eines Gesamtplans, der 2017 vom „Bühler-Papier“ ausging und seit 2018 offiziell „Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“ heißt. Die Bundeswehr wird schwerpunktmäßig in der Ausrüstung neu ausgerichtet, weg von Auslandseinsätzen wie in Afghanistan. Stattdessen stehen Großmachtkonflikte nach der Ukraine-Krise im Fokus der deutschen Rüstung.

Das Deutsche Heer soll so aufgerüstet werden, dass es ab 2031 über zehn vollständig ausgerüstete Brigaden verfügt. Heute verfügt es nur über sechseinhalb nicht voll ausgerüstete Brigaden sowie über Anteile an der Deutsch-französischen Brigade. Voll ausgerüstet heißt: zu 100, nicht zu 70 Prozent, wie zurzeit. Das wird die Schlagkraft des deutschen Heeres etwa verdoppeln. Und - das ist auch sehr bedeutsam - als „Rahmennation“ soll Deutschland insgesamt 15 Brigaden führen können. Die erste deutsche komplette Brigade soll die sein, die 2023 die „Speerspitze“ der NRF stellt.

Allein für die 10 Brigaden werden je fünfmal so viele Artilleriesysteme und Radpanzer benötigt wie heute. Zudem werden mehr Kampf- und Schützenpanzer benötigt sowie mehr Military Airbuses A400 M und Kampfdrohnen. Konkrete Zahlen gibt es dazu noch nicht. Außerdem sollen bis zu 60

schwere Transporthubschrauber hinzukommen. Auch soll der Seekrieg aus der Luft wieder möglich gemacht werden. Kramp-Karrenbauer beschrieb die Aufrüstungsplanung Mitte März konkret: „Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff.“

Das Heer: Neue Panzersysteme

Es werden 350 Schützenpanzer PUMA angeschafft, deren Preis sich auf 6 Mrd. Euro verdoppeln wird. Schon vor dieser Kostenexplosion waren sie die teuersten Schützenpanzer der Welt. Weitere PUMA sind geplant, die wahrscheinlich 3 bis 4 Mrd. Euro kosten werden. Bis 2035 soll unter deutscher Führung eine neue Generation von Kampfpanzern („Main Ground Combat System, MGCS) entstehen. Dieses deutsch-französische Projekt soll die französischen Leclerc- und die deutschen Leopard-Kampfpanzer ersetzen. Hier wird vom einem 100 Mrd.-Projekt gesprochen.

Die Marine: weltweit präsent

Kramp-Karrenbauer drängt auf die Aufrüstung der Marine gegen Russland: in der Ostsee, dem Nordatlantik und dem Schwarzen Meer. Rostock wird ab 2025 Heimat eines neuen Führungsstabes, dem Baltic Maritime Component Command“ (BMCC). Das BMCC soll „der NATO als maritimes Führungskommando für Operationen an der Nordflanke des Bündnisses – aber auch in anderen Regionen – zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung angeboten werden.“ Deutschland als stärkste NATO- und EU-Marine der Ostsee-Anrainer hat die Führung inne. Das Kräfteübergewicht der NATO gegenüber Russland in der Ostsee ist schon heute gewaltig. Zählt man Schweden und Finnland als EU-Länder dazu, beträgt sie das 7 bis 8-fache gegenüber Russland. Russland als „zentrale militärische Herausforderung“ in Bezug auf Marineaufgaben zu bezeichnen, wie es AKK tut, ist daher Unfug. Das hält die Regierung



Fregatte F-222, Quelle: Wikipedia

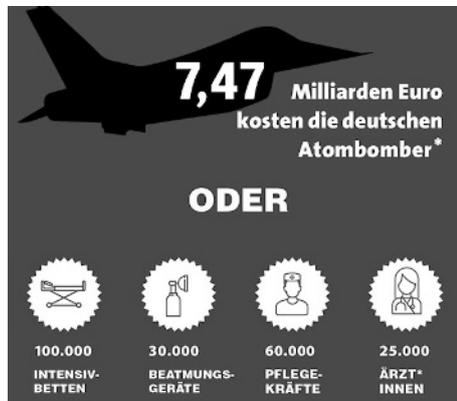
aber nicht davon ab, die Marine massiv aufzurüsten. Sie soll vier Mehrzweckkampfschiffe (MKS 180) für 6 Mrd. Euro erhalten - das kostspieligste Projekt der Deutschen Marine seit 1945 -, sowie zwei U-Boote für über eine Mrd. Euro. Zusätzlich sind fünf Korvetten im Bau. (Kosten 2,35 Mrd. Euro). Die Indienststellung der beiden letzten der vier Freigattungen des Typs F 125 wird für nächstes Jahr erwartet. Die Vier schlagen mit knapp 3,3 Mrd. Euro zu Buche.

Die Luftwaffe: Kampffjets auch atomwaffenfähig

Die größten Beschaffungen der nächsten Jahrzehnte sind für die Luftwaffe vorgesehen. 33 alte Eurofighter der Tranche 1 und 85 Tornados, somit insgesamt 118 Kampfflugzeuge, sollen im kommenden Jahrzehnt durch bis zu 138 neue Kampfflugzeuge „ersetzt“ werden. Damit wird über die Hälfte des Kampfflugzeugbestandes erneuert. Das wird in der Anschaffung schätzungsweise 25 Mrd. Euro verschlingen. Die Kosten über die vorgesehene Nutzungsdauer von über 40 Jahre werden zusammen geschätzt 100 Mrd. Euro betragen.

Die 138 neuen Flieger setzen sich – wenn es nach der Verteidigungsministerin geht - aus 93 Eurofightern und 45 US-Kampffjets zusammen: Als „Ersatz“ für die 33 Eurofighter sollen 38 neue Eurofighter angeschafft werden. Entscheiden soll der Bundestag darüber in der letzten Oktoberwoche. 12 Tornados in der Rolle als Jagdbomber sollen durch 40 Eurofighter ersetzt und 15 Eurofighter sollen für die elektronische Kampfführung gekauft werden. Die 45 US-Flugzeuge sollen 30 F-18 „Super-Hornet“ (Block III) und 15 EA-18 „Growler“ von Boeing sein. Die „Super-Hornet“ sind dafür vorgesehen, die in Büchel gelagerten US-Atombomben zu tragen, die zurzeit bis mindestens 2025 noch von Bundeswehr-Tornados als deutscher Beitrag zur nuklear-technischen „Teilhabe“ der NATO gegen Russland einsetzbar gehalten werden. Diese geschätzt 20 nuklearen Freifallbomben des Typs B61-3 und/oder B61-4 sollen ab 2024 durch das Nachfolgemodell B61-12 ersetzt werden. Auch diese sollen, wie ihre Vorgänger, selektierbare Sprengkraft (0,3 / 1,5 / 10 / 50

kt) besitzen. Aber zusätzlich werden sie durch Satellitensteuerung zu präzisionsgelenkten Bomben. Zudem können sie „mehrere Meter in das Erdreich eindringen und somit trotz geringerer Sprengkraft gezielt gegen tiefliegende Bunker eingesetzt werden.“



Grafik: IPPNW Deutschland
* Die Summe von 7,47 Mrd. Euro beruhen auf den Zahlen de Schweizer. Stiftung Lilienberg – Grundlage für die Daten ist die australische Beschaffung der F-18 Boeing Super Hornet.

Die Atombomber „Super Hornet“ müssen jeweils von EA-18 „Growler“ und/oder speziellen Eurofightern begleitet werden, um durch Elektronische Kampfführung (Eloka) und Luft-Boden-Einsatz von Raketen die russischen Radar- und Luftabwehrsysteme möglichst frühzeitig zu zerstören. „Super-Hornets“ haben einen Einsatzradius von 720 km und müssen bis auf wenige Kilometer (28 km) an das Ziel heranfliegen, um die mitgeführten Atombomben mittels JDAM-Steuerung ins Ziel zu bringen und unbehelligt zurückfliegen zu können.

Welche Ziele kommen dafür konkret in Frage? Von deutschem Boden aus ist ohne Zwischenstopp das Kaliningrader Gebiet erreichbar. Erfolgt eine Betankung der Atombomber in den Baltischen Staaten, so könnten zentrale Ziele in St. Petersburg und Moskau präzise mit Atombomben angegriffen werden, von Nordnorwegen aus wären die Häfen der russischen strategischen U-Bootflotte auf der angrenzenden Halbinsel Kola erreichbar. Das macht die eigentliche Gefährlichkeit der Atombomber der Bundeswehr aus.

Die Anschaffungskosten für die 45 US-Flieger werden auf etwa 8 Mrd. Euro geschätzt. Während Bundeswehr und CDU/CSU für die Beibehaltung der

„Nuklearen Teilhabe“ und damit den Kauf neuer Atombomber sind, regt sich in den SPD-Spitzen von Fraktion und Partei Ablehnung. DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen lehnen neue Atombomber ohnehin ab. Mit einem Vertragsabschluss ist frühestens Ende 2022 zu rechnen, so dass erst der neue Bundestag darüber befindet.

Die Luftwaffe soll auch das in multilateraler Entwicklung befindliche Taktische Luftverteidigungssystem (TLVS) erhalten, das im Auslandseinsatz befindliche Bundeswehrsoldaten vor Luftangriffen von ballistischen Raketen, Flugzeugen, Drohnen und Marschflugkörpern schützen soll. Der Anschaffungspreis wurde kürzlich auch mit über „8 Mrd. Euro“ bekanntgegeben.

Luftkampfmittel der nächsten Generation

Gigantische deutsch-französisch-spanische Pläne zur Entwicklung und Herstellung einer neuen Generation von Kampfflugzeugen – der 6. Generation – nehmen allmählich Gestalt an. Die von Kanzlerin Merkel und Präsident Macron 2017 getroffene Vereinbarung zur Herstellung dieses „Future Combat Aircraft Systems“ (FCAS) soll bis 2040 abgeschlossen sein und allein Entwicklungskosten in Höhe von 100 Milliarden Euro verschlingen. Das FCAS soll mit Künstlicher Intelligenz, Kampfdrohnen, Drohnenschwärmen, Flugzeugen und im Verbund mit den anderen Teilstreitkräften ein „System der Systeme“ schaffen, von dem die Luftwaffeninspektoren Deutschlands, Frankreichs und Spaniens sagen: Es „soll in allen Kategorien des Luftkampfes über hervorragende Fähigkeiten verfügen, dadurch die Luftüberlegenheit unserer Luftwaffen und dadurch die erforderliche Bewegungsfreiheit der anderen Teilstreitkräfte sicherstellen.“ Das heißt, angestrebt wird die Luftüberlegenheit gegenüber alle anderen. Das klingt nach Weltmachtansprüchen. Der Bundestag hat bisher für das FCAS-Projekt 113,5 Mio. Euro bewilligt. Das ist erstes Geld, das bis Mitte 2021 reichen soll, um ein Fundament für die Herstellung eines FCAS-Demonstratormodells bis 2026 zu liefern. Insgesamt wird hier mit einem FCAS-Umsatz von 500 Mrd. Euro gerechnet.

Nukleare Teilhabe von NATO-Staaten: Völkerrechtswidrig!

von Volkert Ohm, IALANA, Bremer Friedensforum



Button der ICAN-Kampagne

Im Vorfeld der kommenden Bundestagswahl zeichnet sich schon jetzt sehr deutlich ab, dass Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowohl im (Vor-)Wahlkampf, als auch in den Koalitionsverhandlungen eine große Rolle spielen werden. Dabei wird der Umfang des Wehretats, werden Rüstungsprojekte und damit im Zusammenhang auch die nukleare Teilhabe im Zentrum stehen.

Neue Kampffjets für die Bundeswehr

Ungeachtet der mit dem neuen atomaren Wettrüsten verbundenen Gefahren hält die Bundesregierung weiterhin an der nuklearen Teilhabe fest. Sie will in den kommenden Jahren rund 120 Million Euro in den Ausbau des Luftwaffenstützpunkt Büchel investieren. Die US-Luftwaffe beabsichtigt, die dort gelagerten mindestens 20 Atombomben durch lenkbare Bomben mit variabler Sprengkraft des neuen Typs B 61-12 zu ersetzen. Die in Büchel als Atomwaffenträger stationierten 36 deutschen Tornados, deren Piloten regelmäßig für Atomwaffeneinsätze trainiert werden, sollen in diesem Zusammenhang durch 45 US- Kampffjets des Typs F-18 ersetzt werden.

Über deren Anschaffung wurde am 7.5.2020 im Bundestag debattiert. Während Grüne und Linke eine Beendigung der nuklearen Teilhabe forderten, gibt es innerhalb der SPD Streit: Der SPD-Fraktionschefs Rolf Mützenich sprach sich Anfang Mai in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel dafür aus, die „technische“ nukleare Teilhabe nicht weiter zu verlängern.

Mit „technisch“ meint er die vorstehend geschilderte in Büchel praktizierte Teilhabe. Die „politische“ Teilhabe innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe der NATO will er fortsetzen. Seinen Standpunkt hat er inzwischen in weiteren Stellungnahmen bekräftigt, wobei er auch die von anderen europäischen Staaten (Niederlande, Italien, Belgien) in gleicher Weise praktizierte (technische) nukleare Teilhabe infrage stellte. Der Vorstoß Mützenichs fand innerhalb der SPD teilweise Zustimmung - unter anderem der beiden Parteivorsitzenden -, traf andererseits aber auch auf strikte Ablehnung z.B. von Seiten des Außenministers Heiko Maas.

Nachdem jetzt die SPD Führung Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten für die kommende Bundestagswahl ernannt und zugleich die Möglichkeit einer künftigen Koalition mit den Linken angedeutet hat, schießen in den Medien Spekulationen ins Kraut, ob SPD, Grüne und Linke in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen einen tragfähigen Konsens finden könnten. Ein Konsens dürfte u.a. davon abhängig sein, wie sich die drei Parteien in ihren Wahlprogrammen zur Frage der Beendigung der nuklearen Teilhabe positionieren werden. Es ist leider nicht auszuschließen, dass Grüne und Linke von ihren Forderungen Abstand nehmen. Bei den Grünen deutet sich dies bereits an, und zwar in dem am 26. Juni vorgestellten Grundsatzprogrammwurf, der zu den atomaren Gefahren nur drei sehr bescheidene Sätze enthält:

„Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung und zum Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.“

Gegen wankelmütige Positionen steht die klare Erwartung der potentiellen Wähler dieser drei Parteien: Nach dem am 7.7.2020 veröffentlichten Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die im Auftrag von Greenpeace durch-

geführt wurde, befürworten 83% der Befragten einen kompletten Abzug aller in Deutschland stationierten US-Atombomben. Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die deutsche Bundesregierung befürworteten sogar 92% aller Befragten.

In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass der Bundestag bereits im März 2010 nach einer ausführlichen Debatte in einem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss die Bundesregierung aufgefordert hatte, sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Die damalige und die ihr nachfolgenden Bundesregierungen missachteten beharrlich diesen Beschluss, obwohl er – wie die Umfragen belegen - kontinuierlich von einer wachsenden Bevölkerungsmehrheit getragen wurde.

Außenminister Maas behauptet im Einklang mit der CDU und der FDP, die nukleare Teilhabe sei ein „wichtiger Baustein der NATO-Sicherheitsarchitektur“.

Die in der UN-Charta enthaltenen Gebote und Verbote (Wahrung des Friedens, Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt) und die bi- sowie multilateralen Verträge, welche darauf abzielen, zwischenstaatliche Konflikte friedlich zu lösen, Abrüstung zu betreiben und zu kontrollieren, sind die völkerrechtlichen Bausteine für Sicherheit und Frieden in der Welt. In diesem Sinne ist es das Völkerrecht, welches die Fundamente und die tragenden Säulen sowohl der „NATO-Sicherheitsarchitektur“ als auch der gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU bildet.

Atomwaffensperrvertrag (NPT) wird ignoriert

Alle Atomstaaten, zu denen auch die drei NATO-Partner USA, England und Frankreich gehören, gefährden seit Jahrzehnten Sicherheit und Frieden, indem sie das Menschenrecht auf Leben, das humanitäre Kriegsvölkerrecht (siehe unten), sowie zusätzlich auch die vertraglich im Atomwaffensperrvertrag (NPT) verankerte Pflicht

zur nuklearen Abrüstung beharrlich verletzen. Alle drei genannten NATO-Partner haben fortwährend ihre Arsenale modernisiert und haben neue Waffen und Trägersysteme entwickelt, anstatt konsequent abzurüsten. Unter Missachtung des Völkerrechts behauptet die US-Regierung in ihrem 2018 verkündeten neuen Strategiepapier sogar, zum Ersteinsatz von Atombomben berechtigt zu sein und maßt sich an, auf „nicht-atomare strategische Angriffe“ einschließlich Cyber-Angriffe mit Atomwaffen zu reagieren.

Die USA haben außerdem in den letzten Jahren die völkerrechtlichen Fundamente von Sicherheit und Frieden zusätzlich unterhöhlt durch den „Ausstieg“ aus dem Iran-Abkommen, durch die Kündigung des INF-Vertrages, durch die Kündigung des Vertrages über den offenen Himmel und die angedrohte Nichtverlängerung des New START-Vertrages; ferner durch völkerrechtswidrige Drohnenangriffe im Hoheitsbereich anderer Staaten und durch völkerrechtswidrige Sanktionen, die auf die Erzwingung von „regime changes“ abzielen und gleichzeitig gegen alle Staaten gerichtet werden, die sich den US-Sanktionen nicht unterordnen.

Besondere Verantwortung trifft Deutschland und die anderen europäischen Staaten (Niederlande, Italien, Belgien), die durch die nukleare Teilhabe ihrerseits auch selbst den Atomwaffensperrvertrag (NPT) verletzen. Sie verletzen ihre Verpflichtung, „weder unmittelbar, noch mittelbare eine Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu besitzen oder zu erwerben“. Die Lagerung auf deutschem Boden bedeutet – da die Entscheidung über ihren Einsatz dem US-Präsidenten vorbehalten ist – für sich allein noch keine direkte Verfügungsgewalt.

Sehr wohl besteht aber eine mittelbare Verfügungsgewalt, weil sich die deutsche Regierung an den nuklearen Planungen der NATO beteiligt, weil deutsche Piloten für den Abwurf trainiert werden und sie mit der technischen Freigabe und Montage der Bomben die unmittelbare Entscheidungsmacht über den Abwurf der Bomben erhalten. Das gilt in gleicher Weise auch für die anderen drei genannten Staaten.

Neben dem NPT gebietet auch das in Artikel 6 des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ verankerte Menschenrecht auf Leben („Jeder Mensch hat ein angeborenes Recht auf Leben...“) sowohl die konsequente nukleare Abrüstung als auch den Verzicht auf eine nukleare Teilhabe.

Zur Auslegung des Schutzes auf Leben verabschiedete der UN-Menschenrechtsausschuss im Oktober 2018 eine Allgemeine Bemerkung (General Comment Nr.36), in der festgestellt wird:

„Die Bedrohung durch oder der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen, welche in ihrem Effekt willkürlich sind und ihrem Wesen nach die Zerstörung von Menschenleben in katastrophalem Ausmaß verursachen können, ist mit der Achtung des Rechts auf Leben unvereinbar und kann eine völkerrechtliche Straftat darstellen. Die Vertragsstaaten müssen alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu stoppen, einschließlich Maßnahmen, um ihren Erwerb durch nichtstaatliche Akteure zu verhindern, sie nicht zu entwickeln, zu produzieren, zu testen, zu erwerben, zu lagern, zu verkaufen, zu übertragen und zu nutzen, sowie alle bestehenden Lagerbestände zu vernichten und angemessene Schutzmaßnahmen benahmen gegen unbeabsichtigte Verwendung zu treffen, die alle ihren internationalen Verpflichtungen entsprechen...“

Kein Atomwaffenstaat könnte ernsthaft behaupten, er sei in der Lage Atomwaffen so konstruieren und einzusetzen, dass sie nicht Menschenleben – insbesondere das Leben von Zivilbevölkerung – in katastrophalem Ausmaß vernichten würden. Deshalb haben die Regierungen der USA und Russlands versucht, die Relevanz dieser Auslegung mit einem rein formellen Argument anzuzweifeln: indem sie nämlich bestritten, dass der UN-Menschenrechtsausschuss legitimiert sei, die im Pakt anerkannten Rechte auszulegen und näher zu definieren. Tatsächlich wurde aber der Menschenrechtsausschuss in Art. 40 des Paktes ermächtigt, die Tragweite der im Pakt festgelegten Rechte zu beschreiben und da-

durch das Völkergewohnheitsrecht mitzugestalten.

Die Bedrohung mit Atomwaffen verletzt außerdem auch die Grundsätze des humanitären Völkerrechts, welche den Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall gewährleisten sollen. Das wurde durch ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1996 rechtsverbindlich festgestellt.

Atomwaffen auch ein Thema für die EU

Die Friedensbewegung in Deutschland wie in allen anderen EU-Staaten kann sich auch auf das in Artikel 3 Abs.5 des EU-Vertrages verankerte Friedensgebot berufen. Allerdings überwiegen im EU-Parlament und in der Kommission zurzeit die politischen Kräfte, die erhöhte gemeinsame Rüstungsanstrengungen fordern. Es droht daher auch auf EU-Ebene die Gefahr, dass durch Abschreckungspropaganda das Sicherheitsinteresse gegen das Friedensgebot ausgespielt wird. Alle im EU-Parlament vertretenen Parteien sollten sich eingestehen: Der oft bemühte Begriff „Friedensmacht Europa“ ist eine heuchlerische Worthülse, wenn er nicht durch ein konsequentes auf Abrüstung und Entspannung gerichtetes Handeln gefüllt wird.

Internationale Vernetzung muss ausgebaut werden

Die nationalen Friedensbewegungen stehen daher vor der großen Aufgabe, sich in gemeinsamen Kampagnen und Protestaktionen enger als bisher zusammenzuschließen. Gemeinsame Kampagnen gegen nukleare Teilhabe, für eine atomwaffenfreie Zone Europa und für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die EU und ihre Mitgliedstaaten können sich darauf stützen, dass es nicht nur in Deutschland sondern auch in anderen EU-Staaten Bevölkerungsmehrheiten gibt, die diese Forderungen befürworten. ICAN ist ein Vorbild für internationale Vernetzung und wirksame Kooperation. Die vielen europäischen Partnerorganisationen, die mit ICAN kooperieren, zeigen die Breite des Widerstands gegen Atomwaffen speziell auf unserem Kontinent.

Bedrohungsanalyse als strategischer Kompass der EU

von der Redaktion German Foreign Policy

Berlin treibt die Fokussierung der EU-Militärpolitik und die Verzahnung europäischer Streitkräfte im NATO-Rahmen voran.

Gemeinsame Bedrohungsanalyse

Eine wichtige Rolle in den deutschen Planungen zur weiteren Militarisierung der EU nimmt nach wie vor der *"strategische Kompass"* ein, auf den sich die EU nach dem Willen Berlins bis zum Jahr 2022 einigen soll. Das Ziel ist, alle einschlägigen Projekte der Union von den Battlegroups bis zu PESCO (Permanent Structured Cooperation) in einen einheitlichen Rahmen zu integrieren, um den Militarisierungsbestrebungen eine größere Schlagkraft zu verleihen. Als erster Schritt ist die Erstellung einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse geplant - ein Novum für die EU. Dazu werden die Geheimdienste der Mitgliedstaaten bis Ende September Erkenntnisse zusammentragen, die daran anschließend gewichtet werden: *"Wir müssen darüber hinauskommen, Bedrohungen nur aufzuzählen"*, erklärt Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Der "360-Grad-Blick"

Als besondere Schwierigkeit gilt dabei, die stark divergierenden geostrategischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten in einem tragfähigen Konzept zusammenzubinden. So sei, konstatiert Torben Schütz, ein Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), bei den östlichen und nordöstlichen EU-Mitgliedstaaten "eine sehr traditionelle Bedrohungswahrnehmung" anzutreffen; sie wendeten sich klar gegen Russland. Demgegenüber richteten die südlichen EU-Staaten *"ihren Fokus eher auf die Instabilität"* im Mittelmeergebiet, in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten. Beides *"unter einen Hut zu bekommen"* sei *"nicht so einfach"*, konstatiert Schütz: Unterschiedliche Bedrohungsszenarien beeinflussten, wie man *"Fähigkeiten plane"*, wie man *"Streitkräfte struk-*

turiere ... und Ähnliches". Als vorläufige Kompromissformel bietet das Bundesverteidigungsministerium einen *"360-Grad-Blick"* an. Was dies genau bedeuten soll, ist allerdings unklar. Die Widersprüche waren erst kürzlich beim jüngsten Treffen der Außenminister deutlich zutage getreten, als Griechenland und Zypern drohten, die geplanten Sanktionen gegen Belarus zu verhindern, sollte sich die EU ihren Forderungen zur Türkeipolitik verweigern.

"Truppenkörper zusammenführen"

Parallel dazu treibt die Bundesregierung die Kooperation der europäischen NATO-Staaten voran. Den Rahmen bildet das *"Framework Nations Concept"* (FNC), das 2013 von Deutschland initiiert wurde. Es sieht vor, wie das Verteidigungsministerium schreibt, dass *"bestehende Truppenteile und Fähigkeiten der nationalen Armeen schrittweise zusammengeführt werden"*; Ziel sei der *"Aufbau einsatzbereiter und interoperabler größerer Truppenkörper"*. Als "Rahmennation" tritt dabei neben Großbritannien und Italien auch die Bundesrepublik auf. Der deutschen FNC-Gruppierung gehören mittlerweile 21 Staaten an, darunter neben 16 Staaten die sowohl NATO- als auch EU-Mitglied sind, das NATO-Mitglied Norwegen, die militärisch offiziell neutralen EU-Mitglieder Österreich, Finnland und Schweden sowie die offiziell gänzlich neutrale Schweiz. Faktisch dient das FNC unter anderem dazu, Verbände kleinerer europäischer NATO-Staaten dem Kommando der großen Mitgliedstaaten zu unterstellen; so binden, wie es beim Bundesverteidigungsministerium heißt, *"beispielsweise die Tschechische Republik und Rumänien im Rahmen des FNC große Teile ihrer Heerestruppen in die deutschen Landstreitkräfte ein"*.

Europäische Konsolidierung

Zudem dient das FNC dazu, ähnliche Kapazitäten von NATO und EU im europäischen Rahmen zusammenzuführen und damit die Effizienz zu stei-

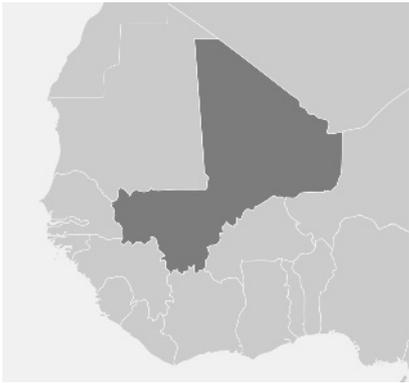
gern. Als Beispiel gilt die Verknüpfung des EU-Projekts European Medical Command (EMC) mit dem Multinational Medical Coordination Center (MMCC) der NATO. Mit dem EMC, einem von Berlin initiierten PESCO-Vorhaben, wird ein einheitliches Koordinierungselement für die Sanitätsdienste der zehn beteiligten Staaten aufgebaut. Das MMCC wiederum, ein Projekt innerhalb der von Deutschland geführten FNC-Gruppierung, leistet Ähnliches im europäischen NATO-Rahmen. Im September 2019 ist es gelungen, EMC und MMCC zusammenzuführen; Aufgabe der neuen Struktur ist es, *"die sanitätsdienstlichen Fähigkeiten der 18 beteiligten Nationen zu koordinieren"*. Für Ende November kündigt das neue MMCC/EMC eine militärische Planübung an (*"Resilient Response 2020"*), mit der eine gemeinsame Reaktion der beteiligten Staaten auf eine Pandemie geprobt werden soll - bei zugleich auftretenden *"andere[n] Bedrohungen"*, etwa Angriffen auf die Infrastruktur. In die Übung werden *"Beobachtungen und Erfahrungen aus der ersten Pandemiewelle von COVID-19"* integriert.

Das E3-Format

Ergänzend zur Fokussierung der EU mit Hilfe des *"strategischen Kompasses"* und zur Verknüpfung der europäischen Streitkräfte im NATO-Rahmen arbeitet Berlin an der Konsolidierung der außen- und militärpolitischen Kooperation mit Großbritannien. Dies gilt - mit Blick auf den globalen Einfluss und die militärische Stärke des Vereinigten Königreichs - als unabdingbar, soll trotz des britischen Austritts aus der EU ein weltpolitisch handlungsfähiger europäischer Machtpol entstehen. Rahmen für die Kooperation ist das *"E3-Format"*, ein loser Zusammenschluss Deutschlands und Frankreichs mit Großbritannien. Die "E3" operieren gemeinsam, seit sie sich 2003 zusammaten, um in den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm einen zweiten westlichen Pol neben den Vereinigten Staaten zu bilden.

Putsch in Mali – Bundeswehr bleibt in den Kasernen

von Christoph Marischka, Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen



Mali ist bereits seit Jahrzehnten ein Schwerpunktland der sog. Militärischen Ausbildungshilfe Deutschlands. Die seit 2013 bestehende Das Mandat der Bundeswehr an der EU-Ausbildungsmission EUTM wurde erst am 29. Mai mit 437 von 644 Stimmen im Bundestag verlängert. Dieses umfasst bis zu 450 deutsche Kräfte, deren Hauptaufgabe darin besteht, die malische Armee auszubilden.

Am 18. August 2020 putschte das Militär in der malischen Militärbasis Kati, wobei hochrangige Politiker festgenommen wurden, u.a. Präsident Ibrahim Boubacar Keita und Regierungschef Boubou Cissé. Westliche Regierungen wiesen ihre Botschaften und Staatsbürger in Mali an, am besten ihre Häuser nicht zu verlassen.

Der Auftrag der EUTM wird noch am Abend des Putsches auf deren Homepage dadurch beschrieben, „die operationellen Fähigkeiten der MAF [malischen Streitkräfte] unter der Kontrolle der legitimen zivilen Autorität zu verbessern“. Diese legitime zivile Autorität gibt es mit einem Schlag nicht mehr und damit auch nicht die Regierung, deren Zustimmung als völkerrechtliche Grundlage der internationalen Truppenpräsenz gilt. Abgesetzt wurde sie von Soldaten, von denen mit ziemlicher Sicherheit ein großer Teil von EUTM und Bundeswehr ausgebildet wurden. Laut Angaben der EUTM vom März 2020 haben diese etwa 15.000 Kräfte der MAF ausgebildet, deren Gesamtstärke nur geringfügig höher geschätzt wird.

Vorgeworfen wird der Regierung Wahlbetrug, Korruption und Unfähigkeit. Genährt werden sie v.a. auch durch die seit Jahren wachsende und

zuletzt dramatisch eskalierte Unsicherheit, die sich zunehmend aus dem umkämpften Norden auch in die Mitte und den Süden des Landes ausbreitet.

Mehr Militärpräsenz - mehr Unsicherheit

Wenn nun aber deutsche Medien in ihren eiligen Meldungen behaupteten, die Regierung stehe in erster Linie unter Druck, weil sie daran scheitere „einen dschihadistischen Aufstand im Norden des Landes unter Kontrolle zu bringen“, so traf dies nicht den Kern der Sache. Erstens handelt es sich nicht um einen Aufstand, sondern um eine Kaskade von Konflikten, zweitens sind diese nicht alle oder überwiegend religiös motiviert und drittens längst nicht mehr auf den Norden beschränkt. Vor allem aber negiert diese Darstellung die sozioökonomischen Triebfedern des Protestes. Denn die Bevölkerung sieht, wie zwischen der sog. „Internationalen Gemeinschaft“ und der Regierung Reichtümer verschoben werden, von denen bei ihnen (außer Unsicherheit) so gut wie nichts ankommt. Die internationale Truppenpräsenz und ihr ziviler bzw. logistischer Tross tun hierzu ihr Übriges. Von den über 10.000 Soldatinnen und Soldaten der UN-Truppe MINUSMA, in der die Bundeswehr mit 1.100 (mandatierten) Kräften eine Schlüsselrolle einnimmt, haben sich von den aktuell Protestierenden zunächst Viele eine schnelle Klärung des Problems mit den Tuareg und den Dschihadisten im Norden erwartet. Nun sehen sie, dass unglaubliche Ressourcen in die militärische Logistik und den Eigenschutz der internationalen Truppen fließen, diese aber nicht in der Lage sind, die komplexen Probleme in Mali zu lösen oder die Bevölkerung zu schützen. Im Gegenteil: Seit Beginn der Intervention in Mali 2013 ist die Unsicherheit und die Zahl der zivilen Opfer beständig und zuletzt rapide gestiegen.

Es gibt dabei Parallelen zwischen dem Putsch von 2012 – der zur militärischen Intervention 2013 führte - und dem von 2020. Damals wurden die Putschisten in den Straßen von Bamako (was nicht unbedingt bedeutet: von der

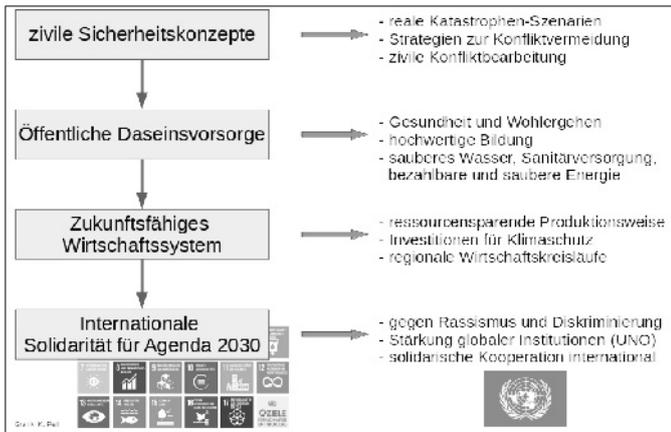
Mehrheit der Bevölkerung) wie Helden gefeiert. Die Putschisten allerdings hatten damals außer der Beseitigung der legalen, aber nicht legitimen Ordnung wenig anzubieten, als das Versprechen, mithilfe der ehemaligen Kolonialmacht und ihrer Verbündeten den Norden unter Kontrolle zu bringen – der in Wirklichkeit nie unter der Kontrolle von Bamako oder der vorangegangenen Kolonialmacht Frankreich stand. Wenn man aus der Analogie zum Putsch 2012 eine voreilige Prognose wagen wollte, dann bestünde diese darin, dass er keine Lösung der vielfältigen Probleme Malis bringen wird, sondern diese eher verkomplizieren und eskalieren wird. Letzteres allerdings scheint – vom aktuellen Standpunkt aus – kaum noch möglich. Insofern wird der Putsch ggf. relativ folgenlos bleiben.

Die deutschen Soldaten – bei MINUSMA und EUTM übrigens insgesamt mit der Aufklärung, dem „militärischen Nachrichtenwesen“ und der Beratung des malischen Verteidigungsministeriums betraut – werden vermutlich erstmal vor Ort bleiben und stillhalten. EUTM Mali läuft wegen Corona seit Monaten ohnehin auf Sparflamme. Insgesamt steht zu vermuten, dass die Putschisten und die sie unterstützen Bewegungen vielleicht Kritik an der französischen Militärpräsenz äußern, aber zugleich ohne internationale Unterstützung schlicht kein Land sehen werden. Im besten Falle setzt sich auch im aufstrebenden Bürgertum Bamakos und im malischen Militär die Einsicht durch, dass eine Lösung von Konflikten nur damit beginnen kann, unterschiedliche Interessen innerhalb des Landes und unter den intervenierenden Mächten anzuerkennen und einen Ausgleich zu suchen.

Ob die „Internationale Gemeinschaft“ bereit ist, noch mehr (militärische) Ressourcen in die Kaskade von Konflikten im Sahel zu investieren, ist ebenso fraglich wie das Interesse ihrer maßgeblichen Akteure, hier wirklich stabile und demokratische Gesellschaften aufzubauen – die dann ihrerseits wiederum Interessen vertreten und durchsetzen könnten.

Sozial-ökologische Konversion und globale Transformation

von Götz Brandt und Karl-Heinz Peil, Auszug aus der Broschüre „Militär und sozial-ökologische Konversion“ in der Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“, herausgegeben von der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE



Katastrophenfälle im Inneren sind immer auch eine Bewährungsprobe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dieses betrifft sowohl das Gesundheitssystem bei Pandemien, wie auch die Ressourcen für technische Hilfeleistungen bei Hochwasser oder Waldbränden. Die vorliegenden Erfahrungen zeigen, dass die Bundes-

Internationale Solidarität für Agenda 2030

Entsprechend dem UN-Nachhaltigkeitsziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele muss es das gemeinsame Ziel aller zivilgesellschaftlichen Bewegungen sein, internationale Institutionen zu stärken im Sinne größerer Autorität und Akzeptanz. Berechtigte Kritikpunkte an der UNO und ihren Unterorganisationen resultieren zu wesentlichen Teilen aus Unterfinanzierung, verdeckten Einflussnahmen und mangelnden operativen Durchsetzungsmöglichkeiten. Dieses kann auch auf die europäische Ebene übertragen werden. Anstatt in der EU ein Synonym für „Europa“ zu sehen, müssen die tatsächlich gesamteuropäischen Institutionen Europarat und die OSZE gestärkt werden. Diese stellen auch die Alternative zur NATO dar, d.h. als umfassendes und nicht ausgrenzendes Sicherheitssystem.

Alle Überlegungen und Forderungen nach einer sozial-ökologischen Konversion des Militärs sollten eingebettet werden in Konzepte für eine globale Transformation.

Zivile Sicherheitskonzepte

Diese müssen an den realen Bedrohungen ansetzen, wie es die Folgen der globalen Erwärmung und die Anfälligkeit gegen Pandemien sind. Solche Konzepte müssen auch Gegenstand einer transparenten Hochschulforschung sein, mit eindeutiger Abgrenzung gegen militärische oder Dual-use-Forschung. Vor allem aber gilt, was auch in der deutschen Politik keinen ernsthaften Widerspruch findet: Die Bundeswehr wurde geschaffen und grundgesetzlich definiert für eine militärische Landesverteidigung. Ein solches Szenario gibt es für Deutschland seit langem nicht mehr.

Primat der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die auch in Deutschland durch die neoliberale Agenda der letzten Jahrzehnte verursachten Mängel in der öffentlichen Daseinsvorsorge haben sich gerade in der Corona-Krise verschärft gezeigt. Statt Rüstungsgelder zu verschwenden für „nationale Schlüsseltechnologien“, muss z.B. eine gute Bezahlung für „systemrelevante“ Pflegeberufe eingefordert werden, als Hebelwirkung für neue und notwendige Arbeitsplätze. Ähnliches gilt für das Bildungswesen und eine Mobilität für alle, gestützt vor allem durch den Ausbau des ÖPNV.

weh zwar fast die Hälfte des Haushaltsbudgets für Dienstleistungen durch Bundesinstitutionen beansprucht, aber nur marginal und subsidiär mit zivilen Hilfsleistungen einsetzbar ist.

Zukunftsfähiges Wirtschaftssystem

Notwendig ist ein öffentlicher Diskurs über ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem, das weitestgehend auf regionale Wertschöpfungsketten bzw. dezentrale Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet ist. Dieses ist insbesondere auch eine Konsequenz aus der bisherigen Exportfixierung Deutschlands, die sich in der wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Krise als fatal erweist. Durch Regionalisierung können Konflikte entschärft werden, die derzeit wegen „Energiesicherheit“ und dem Zugriff auf Ressourcen und Absatzmärkte zu einer Militarisierung der Außenpolitik führen. Zu verweisen ist an dieser Stelle auf bereits früher erstellte Konzepte aus den Nuller Jahren, die nichts an Aktualität eingebüßt haben. Im Auftrag der Organisationen BUND, Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst entstand seinerzeit im politischen Umfeld der Agenda 21 durch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie das umfangreiche Konzept „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Aktuell finden sich solche Ansätze unter Bezugnahme auf die Corona-Krise z.B. in einem BUND-Positionspapier unter dem Titel „Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft“.

Beispielhafte Ansätze in Deutschland

Zentrale Argumente aus der Friedensbewegung für Rüstungskonversion sind:

Dem Verlust von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie stehen erheblich mehr Arbeitsplätze gegenüber, die damit an anderer Stelle geschaffen werden.

Es gibt zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Diversifikationen von militärischer zu ziviler Produktion bis hin zu kompletter Konversion aus der Vergangenheit bis heute.

Um Konversionsprojekte anzustoßen bedarf es aber zunächst einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Maßnahmen für soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, bei denen bisher das Militär ausgeblendet wurde. Dieses beginnt mit zivilen Sicherheitskonzepten, wie sie z.B. im Vorfeld der Corona-Pandemie hätten vorhanden sein können. Insbesondere die kaum noch aufzuhaltende globale Erwärmung erfordert solche Konzepte. Hingegen ist die weitere militärische Aufrüstung nur fiktiven Sicherheitskon-

zepten geschuldet. Durch den wesentlichen Anteil der atomaren Bewaffnung sorgt dieses globale Waffenpotenzial statt für Sicherheit für eine Menschheitsbedrohung, die man sogar als noch gravierender als die globale Erwärmung ansehen kann. Atomwaffen bergen vor dem Hintergrund unkontrollierbarer Einsatzszenarien das Risiko der jederzeitigen, sofortigen Selbstvernichtung für die gesamte Menschheit. Im Unterschied vor allem zu den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts ist die Dramatik der weiteren atomaren Aufrüstung angesichts der anderen Menschheitsbedrohungen, wie der globalen Erwärmung, Umweltzerstörungen und Viren-Pandemien in der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig präsent.

Reduzierungen im Rüstungshaushalt haben zwei grundlegend unterschiedliche Konsequenzen:

Die erste und unmittelbare Konsequenz ist einfach und einleuchtend: Es können damit direkt Mittel umgeleitet werden zugunsten von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das heißt, dass dem Abbau von Arbeitsplätzen bei Bundeswehr und Rüstungsindustrie die Schaffung von wesentlich mehr Arbeitsplätzen an anderer Stelle entgegen stehen, mit denen ein realer gesellschaftlicher Bedarf gedeckt werden kann.

Die zweite Konsequenz ist komplexer: Die Konversion von Rüstungsproduktion und dafür vorhandenen Arbeitsplätzen muss mit neuen Strategiepapieren der Bundesregierung beginnen, wo nicht mehr die Rüstungsindustrie als Schlüsselindustrie ausgewiesen wird und nationale Schlüsseltechnologien nicht mehr militärisch bestimmt sind. Bereits das ist aber kompliziert wegen der Einbindung in EU-Aufrüstungsprogramme wie PESCO, die sehr stark durch Forschungs- und Entwicklungsprojekte geprägt sind, teilweise auch im Hochschulbereich. Natürlich muss damit einher gehend auch eine gesellschaftliche Debatte eingefordert werden, warum überhaupt „nationale“ Schlüsseltechnologien definiert werden, anstatt auf eine solidarische internationale Arbeitsteilung für Schlüsseltechnologien zu verweisen, die für die gesamte Menschheit existenziell sind.

Gerade die Corona-Krise hat zur Folge, dass (neue) Konzepte für eine zukunftsfähige Wirtschaft vorgeschlagen werden, wie bereits im vorhergehenden Abschnitt behandelt. Dazu wird nachfolgend noch mal auf die notwendige Beseitigung der militärischen Altlasten verwiesen.

Maritime Altlastenentsorgung:

Durch den Ausbau einer zivilen Über- und Unterseeflotte müssen in den nächsten 20 Jahren gigantische Mengen an Munitionsresten in Nord- und Ostsee geborgen, ohne Gefährdung der maritimen Tierwelt vernichtet und/oder ökologisch entsorgt werden.

Bodensanierungen:

Nicht mehr genutzte militärische Liegenschaften sind teilweise hochgradig mit Schadstoffen verseucht, z.B. mit PFC. Je früher dieses erfolgt, umso weniger besteht das Risiko eines Übergangs von Schadstoffen in das Grundwasser und damit in die Nahrungskette.

Militärflächen zu Naturparks:

Die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen betrifft auch den Tourismus mit dem Angebot von Naturschutz- und Naherholungsgebieten innerhalb Deutschlands. Das „Grüne Band Deutschland“ auf der früheren innerdeutschen Grenze ist dabei ein Vorbild zur Umwidmung von Truppenübungsplätzen, was vor allem die Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt betrifft.

Einbindung der Gewerkschaften

Eine zentrale Rolle spielt hierbei die IG Metall. Festzuhalten ist dazu:

Auf Gewerkschaftstagen wie zuletzt im Oktober 2019 bekennen sich die Delegierten seit langen Jahren (im 4-Jahres-Turnus) nicht nur zu Frieden und Abrüstung, sondern fordern auch eine Begrenzung von Aufrüstung und Waffenexporten.

Konzepte zur Diversifizierung und Konversion von Rüstungsproduktion wurden seit den 80er Jahren von der IG Metall aktiv unterstützt.

Aktuelle Konzepte zur praktischen Unterstützung von Betriebsräten, um firmenspezifisch eigene Initiativen für Diversifizierung und Konversion einzubringen, liegen ebenfalls vor.

Die weitergehende Forderung nach sozial-ökologischer Transformation der Industrie wird seit 2019 massiv eingebracht, auch in gemeinsamen Erklärungen mit Umweltverbänden.

Kritisch zu sehen ist aber, dass sozial-ökologische Transformation von der IG Metall in erster Linie als technologischer Wechsel verstanden wird, während aus Sicht von Umweltverbänden wie z.B. dem BUND technologische Lösungen zwar als wesentlich, nicht aber als treibende Elemente angesehen werden. Denn aus umweltpolitischer Sicht steht immer die Vermeidung des Ressourcenverbrauchs an erster Stelle und nicht die ebenfalls notwendige Effizienzverbesserung. Das heißt, während die IG Metall dafür eintritt, dass mit möglichst gleichem Arbeitsplatzangebot anders produziert wird, muss aus Sicht von Umweltverbänden in der Summe weniger produziert und verschwendet werden. Solche unterschiedlichen Sichtweisen stehen aber einer organisatorischen Zusammenarbeit nicht entgegen.

Als Kritikpunkte sind bei der IG Metall zu sehen:

Erstens: Positionen der Bundesregierung werden unkritisch übernommen. Dieses betrifft vor allem die militärisch eingefärbte Definition von zu forcierenden, nationalen Schlüsseltechnologien sowie auch die unkritische Sichtweise der EU-Militarisierung als Effizienzverbesserung durch gemeinschaftliche Beschaffungsmaßnahmen.

Zweitens: Auf betrieblicher Ebene werden bei existenziellen Arbeitsplatz-Bedrohungen praktisch kaum vorhandene Ansätze der IG Metall auf Bundesebene zur Entwicklung eigener Diversifizierungs- und Konversionskonzepte aufgegriffen, was sowohl ein unreflektiertes Eintreten für umweltbelastende Produkte wie auch für Rüstungsgüter beinhaltet.

Konversionsszenarien für eine zukunftsfähige industrielle Produktion müssen unabhängig davon entwickelt werden, ob diese eine militärische oder zivile Produktion betreffen. Letzteres gilt nicht nur für die Automobilindustrie, sondern auch für den (zivilen) Flugzeugbau.

Widerstand gegen Kampfdrohnenbewaffnung der Bundeswehr

vom bundesweiten Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen (www.drohnen.frieden-und-zukunft.de)



Postkarten-Bildseite für eine Aktion der Kampagne Stopp Air Base Ramstein
Die Postkarten oder Hinweise für eine entsprechende E-Mail können aktuell angefordert werden unter
<https://www.ramstein-kampagne.eu/postkarte-keine-kampfdrohnen/>

Der Arbeitskreis Drohnen wurde 2019 von Aktivist*Innen aus Organisationen, Netzwerken und Kampagnen der deutschen Friedensbewegung gegründet mit dem Ziel, die gesamte Bandbreite zivilgesellschaftlicher Bewegungen zu vernetzen, die sich engagieren gegen

- Verletzungen grundlegender Menschenrechte durch militärische Drohnen zu Überwachung und bewaffneten Einsätzen;
- Forschung und Entwicklung für autonome Waffensysteme;
- Robotisierung von Waffensystemen mit künstlicher Intelligenz
- einen überhöhten Ressourcenverbrauch für militärische Technologien.

Der Arbeitskreis möchte aufklärend tätig werden, u.a. durch die Bereitstellung von Infomaterial sowie der Vermittlung von Referent*Innen vor Ort.

In einem dazu bereits Ende 2019 erstellten Aufruf heißt es:

Der Koalitionsvertrag von 2018 sieht eine gesellschaftliche Debatte über die Bewaffnung militärischer Drohnen vor. Diese Debatte über eine ethisch und völkerrechtlich entscheidende Frage findet nicht statt. Sie wird von der Bundesregierung und dem Verteidigungsministerium vermieden. Wir fordern diese gesellschaftliche Auseinandersetzung und wenden uns mit dem folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit.

*Angriffe und außergerichtliche Tötungen durch bewaffnete Drohnen verwischen die Grenzen zwischen Krieg und Noch-nicht-Krieg. Viele Opfer sind Zivilist*innen. Sie werden auch Opfer einer ständigen Überwachung, was ihre Gesundheit bedroht.*

Drohnen ermöglichen Tötungen mit wenig Risiko für die Angreifer; damit senken sie die Schwelle, an der Spannungen in einen Krieg eskalieren.

Die Aufrüstung, Digitalisierung und Automatisierung des Militärs bedeutet eine weiter steigende Kriegsgefahr. Damit bedeutet sie für die Friedensbewegung und die gesamte Gesellschaft eine steigende Verantwortung im Engagement für eine zukunftsfähige globale Gemeinschaft.

Online-Hearing am 16.9.2020

In dem aktuellen Flyer für ein Online-Hearing heißt es:

Die humanitären Folgen von Kampfdrohnen sind gravierend und erfordern eine umfangreiche öffentliche Diskussion über die völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und ethischen Bedenken bezüglich ihres Einsatzes durch die Bundeswehr. Die vom Bundesverteidigungsministerium im Mai begonnene Debatte über die Bewaffnung der geleasteten Drohnen war überwiegend von Menschen aus dem Umfeld der Bundeswehr geprägt und hatte dadurch eine erhebliche Schlagseite.

Angesichts weiterhin ungeklärter ethischer Fragen und völkerrechtlicher Bedenken brauchen wir als Gesellschaft aber eine breite Auseinandersetzung darüber, ob wir diesen Aufrüstungsschritt und seine weitreichenden Folgen wirklich wollen. In der Debatte fehlen Stimmen von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich schon seit Jahren mit dem Thema auseinandersetzen.

Aus diesen Gründen lädt ein breites Bündnis der Zivilgesellschaft zu militärischen Drohnen am 16. September 2020 um 17 Uhr zu einer öffentlichen Online-Debatte über die Bewaffnung der Bundeswehr-Drohnen ein.

Kontakt / Anmeldung:
<https://ippnw.de/index.php?id=915>

Beschlossene Sache: Die Bundeswehr kann künftig auch mit Drohnen töten

[...] Am 26. Juli 2020 startete in Israel die Drohne Heron TP zu ihrem Erstflug. Das unbemannte Fluggerät wurde von Israel Aerospace Industries (IAI) auf der Basis der Drohne Eitan entwickelt, die bereits seit rund zehn Jahren von den israelischen Streitkräften im wortwörtlichen scharfen Schuss über den Palästinensergebieten eingesetzt wird. Der Nachfolger Heron TP dagegen trägt das Eiserne Kreuz am Rumpf und die deutsche Fahne an den Leitwerken.

Im Juni 2018 hatte die Bundesregierung einen Vertrag mit dem israelischen Verteidigungsministerium geschlossen. Als Leasingkunde meldete man Modifikationswünsche an. Ein Konsortium, bestehend aus dem Hersteller IAI und Airbus DS Airborne Solutions (ADAS), kümmert sich um Anpassung

und Erprobung, die trotz Corona-Pandemie im Zeitplan liegen. [...]

Kritiker der Bewaffnung sagen zurecht, dass damit eine neue Qualität der Kriegsführung erreicht werde. Drohnen stünden nicht einfach so in der Entwicklungslinie Schleuder, Armbrust, Gewehr, Kanone, Rakete ... Drohnen seien Teil einer gewaltigen digitalen Revolution im Militärwesen, in deren Verlauf irgendwann - so die Befürchtung - »intelligente« Maschinen mit anderen Maschinen aushandeln, welche Menschen wann, wie umgebracht werden.

Zudem, so ein weiterer Kritikpunkt, wird mit Drohnen gegenüber weniger entwickelten Gegnern eine militärische Überlegenheit geschaffen, die Waffengänge risikoloser und damit machbar erscheinen lassen. Auch der räumliche Abstand zwischen denen, die weitab vom Schauplatz des Geschehenes Raketen abschießen, und den Opfern ihres Tuns trage dazu bei, dass Kriege noch inhumaner werden.

Quelle: nd - 3.8.2020 / Rene Heilig

Aktive aus der Friedensbewegung starten Aufruf an Die LINKE.

Nach dem kürzlichen Interview des Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke, Dietmar Bartsch, im Deutschlandfunk zu außen- und verteidigungspolitischen Fragen haben Aktive aus der deutschen Friedensbewegung einen Aufruf an die Partei initiiert, den innerhalb kurzer Zeit bereits zahlreiche Menschen unterzeichnet haben.

„Wir befürchten, dass zunehmend Positionen in den Diskurs gebracht werden, die eine konsequente Friedenspolitik zugunsten einer Regierungsbeteiligung aufweichen. Wir wollen gleichzeitig auch einen Beitrag dazu leisten, dass die Friedensbewegung den Einfluss gewinnt, der ihrer

Verantwortung für die Zukunft entspricht“, heißt es in einem Schreiben der acht Initiator*innen des Aufrufs aus Berlin, Frankfurt/M., Düsseldorf, Essen, Kassel und Bremen an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie den Parlamentarischen Geschäftsführer und Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.

Die Website „frieden-links.de“ mit Aufruf, Hintergrundinformationen und Unterzeichner*innen ist seit Montag, 24. August, im Internet aufrufbar. Innerhalb von zwei Wochen wurden dort bereits fast 1200 Unterschriften und auch zahlreiche Kommentare zur Besorgnis über den friedenspolitischen Kurs der Partei gesammelt.

Die damit entfachte Debatte zeigt offenbar Wirkung. Die Fürsprecher einer rot-rot-grünen Regierung um Dietmar Bartsch und Gregor Gysi mussten zugunsten derjenigen zurück rudern, die innerhalb der Partei die enge Verbindung mit außerparlamentarischen Bewegungen und speziell der Friedensbewegung sehen. Dieses zeigt sich vor allem in dem nachfolgend auszugsweise dokumentierten Aufruf von Funktionsträgern innerhalb der Partei.

Der Aufruf aus der Friedensbewegung ist abrufbar unter

<http://frieden-links.de/aufruf/>

Auslandseinsätze beenden – Rüstungsexporte verbieten!

Eine Erklärung aus der Partei DIE LINKE zum Antikriegstag am 1.9.2020

[...] Der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ schloss mit ein, dass es keine deutsche Wiederbewaffnung geben sollte und keine deutsche Rüstungsindustrie, die aus dem Tod ein Geschäft macht.

Im Kalten Krieg fiel dieser friedenspolitische Grundsatz, obwohl sich in der Bundesrepublik eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen die Remilitarisierung gestellt hatte. Konsens über alle politischen Grenzen hinweg, auch als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, blieb, dass die Soldaten der Bundeswehr nicht im Ausland eingesetzt werden und deutsche Waffen nicht die Kriege in aller Welt nähren sollten. Dieser Konsens wurde nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebrochen. Auch SPD und Grüne stimmten fortan im Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Rüstungsexporte in alle Welt wurden zum neuen Markenzeichen der Berliner Republik. Fortan beteiligte sich Deutschland an den weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Marktzugänge und geopolitischen Einfluss. Der Umbau der NATO weg von der formalen Bündnisverteidigung zu einem globalen Kriegsführungsbündnis wurde von der rot-grünen Bundesregierung mit der neuen NATO-Charta 1999 ebenso mitgetragen wie das Heranrücken des Militärpakts durch stetige Erweiterungen bis an die russische Grenze.

Angesichts dieser verheerenden Entwicklungen war und ist es der Gründungskonsens der Partei DIE LINKE, die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückzuholen und Rüstungsexporte generell zu verbieten. Aufgrund der Erfahrungen mit SPD und Grünen, die als Regierungsparteien den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mitführten, wurde im Erfurter Grundsatzprogramm eine Beteiligung an einer Regierung, die Kampfeinsätze der Bundeswehr führt, ausgeschlossen.

Und es ging bei der Gründung der Partei DIE LINKE nicht nur um die Forderung nach Auflösung der NATO und deren Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands, sondern es wurde zugleich vereinbart, diese Auflösung der NATO auch durch konkrete Schritte mit zu befördern. Deshalb gehört zum Gründungskonsens der Partei DIE LINKE auch die Forderung, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austritt. Kurz: Die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist keine Frage, die mit anderen Parteien „diskursiv“ geklärt werden könnte. Die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Frage wie wir zum Aufrüstungspakt NATO stehen, sind der Lackmusstest unserer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit.

Im Zuge der Debatte um Regierungsbeteiligungen wird von einigen in der Partei DIE LINKE dieser Gründungskonsens in Frage gestellt und eine bedingungslose Koalitionsbereitschaft in Richtung SPD und Grüne signalisiert. Bisher formulierte Haltelinien für Regierungsbeteiligungen werden relativiert bis hin ignoriert. Das ist fatal für die Zukunft der Partei DIE LINKE und eine Schwächung der breiten gesellschaftlichen Bewegung für Frieden und Abrüstung. Wir sehen darin auch einen Angriff auf die friedenspolitischen Grundpositionen unserer Partei und weisen diesen Versuch, den Markenkern der LINKEN beschädigen zu wollen, in aller Schärfe zurück.

Unsere roten Haltelinien für Regierungsbeteiligungen sind nicht verhandelbar, denn sie sichern die Glaubwürdigkeit der LINKEN ab. Eine Regierungsbeteiligung einer LINKEN, die dafür friedenspolitische Grundsätze über Bord wirft, ist nicht erstrebenswert. [...]

Statt bedingungslose Koalitionsbereitschaft zu signalisieren, müssen wir gemeinsam mit der Friedensbewegung Druck machen, damit sich die SPD wieder auf Frieden und Abrüstung verpflichtet und die Grünen sich ihrer pazifistischen Wurzeln erinnern.

Friedensratschlag in Corona-Zeiten

von Willi van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag

Wir wollten am ersten Dezemberwochenende wieder – wie seit über 25 Jahren – zu unserem Friedensratschlag in der Kasseler Universität zusammenkommen. Wir wollten diskutieren, was wir gemeinsam für einen wirklichen Paradigmenwechsel in der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln können und wie Abrüstung reale durchgesetzt werden kann, diskutieren. Von zentraler Bedeutung sollte für uns sein, wie es gelingt, den Widerstand und die Aktionen zu verstärken.

In unserem bereits konzipierten Einladungstext zum 26. Friedensratschlag wurde formuliert:

„Aber mit der Corona-Krise und ihren Folgen wurde endgültig klar, dass das Vorkrisen-System nicht als Vision einer lebenswerten Zukunft taugt. Die Krise beschleunigt einerseits die weltweiten Konflikte. Wir hätten uns mit zunehmender außenpolitischer Aggressivität und dem damit verbundenen militärischen Drohpotenzial auseinandersetzen müssen.“

Das US-Imperium und die NATO-Staaten steigern die Rüstungsausgaben zu neuen Rekorden, die internationalen Rüstungskontrollsysteme werden zunehmend zur Makulatur. Für die deutsche Politik wird dieses immer mehr zur Zerreißprobe zwischen transatlantischer Anpassung und eigenständigen wirtschaftlichen Interessen zum Beispiel im Umgang mit Russland

und China. Innenpolitisch hat die Corona-Krise eine neue gesellschaftliche Diskussion ausgelöst, die vor allem vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise gesehen werden muss.

Dabei gewinnt die Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation unter Mitwirkung der Betroffenen zunehmend an Bedeutung. Wir werden die hohen Defizite der öffentlichen Daseinsvorsorge thematisieren, wie das nicht zukunftsfähige Wirtschaftssystem und den Mangel an internationaler Solidarität. Alles steht in engem Zusammenhang mit immer höheren Rüstungsausgaben und militärischen Drohkulissen. Die Menschen, die eine andere Politik wollen, werden mehr. Sie reden nicht nur darüber; sie handeln; sie mobilisieren auf Straßen, werben in Fabriken, Schulen und Hochschulen dafür, dass endlich demokratische Veränderungen erreicht werden.“

Der bundesweite Friedensratschlag 2020 sollte wichtige Impulse für künftige Aktivitäten und Aktionsschwerpunkte geben. Bei diesem Ratschlag wollten wir vor allem eine engere Kooperation mit Vertreterinnen der internationalen Friedensbewegung entwickeln.

Aber die Bedingungen sind nicht so, dass wir diesen Ratschlag wie wir ihn vorbereitet hatten, durchführen können. Denn die Universität Kassel

hat alle Präsenzveranstaltungen auch im Wintersemester 2020/2021 untersagt und wird für uns leider keine Ausnahme machen. Deshalb hat der Bundesausschuss Friedensratschlag beschlossen, erst im Dezember 2021 wieder einen regulären Friedensratschlag durchzuführen.

Aber vielleicht kann man aus der Not auch eine Tugend machen. Der Friedensratschlag hat sich immer als ein Treffen von Aktivist*innen der Friedensbewegung verstanden. In Kassel trafen sich immer Menschen von örtlichen und regionalen Initiativen, die regelmäßig die Ostermärsche und die Aktionen zu Hiroshima und am Antikriegstag organisiert haben. Auch der diesjährige Antikriegstag am 1. September war ein Beispiel, wie in über 100 Städten Aktionen (gemeinsam mit dem DGB) Aktionen für „Abrüsten statt Aufrüsten“ stattfinden konnten.

Wäre es deshalb nicht ein guter Vorschlag, wenn wir uns schon nicht gemeinsam in Kassel treffen können, am Samstag, 5. Dezember 2020 in möglichst wieder über 100 Städten gemeinsam mit Gewerkschaften für Abrüstung auf die Straße gehen würden. Denn am 7. Dezember 2020 will der Bundestag endgültig über die Höhe der Rüstungsausgaben beschließen. Lasst uns gemeinsam an unterschiedlichen Orten für unsere Sache gegen Rüstung und Krieg präsent sein.



Bei dem lokalen Aktionstag am 28.8. in Kassel gegen die dortige Rüstungsindustrie, organisiert vom Bündnis „Rheinmetall entwarnen“, erfolgte eine Blockadeaktion vor den Rheinmetall-Werkstätten und eine Demonstration in der Innenstadt. Foto: Dezentrale Kassel (Flickr)

Aktionsberatung „abrüsten jetzt“ Abrüsten und Transformation in Europa: Schlüsselrolle für Entspannung

am 11.10.2020, Frankfurt am Main
im DGB-Haus

von 11:00 bis 17:00 Uhr

Wegen der eng begrenzten Teilnehmerzahl muss auf eine Live stream / Zoom-Übertragung verwiesen werden. Hierfür ist eine Anmeldung erforderlich unter info@abruesten.jetzt

Weitere Infos unter:

<https://abruesten.jetzt>